OSI ▷ ZEITUNG

Die Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts

kostenfrei I Sommersemester 2012 I www.osi-zeitung.de



Mittellos-Mittelmäßig?

OSI zwischen Exzellenz und Pleite

Exzellente Uni
Was bedeutet der Status eigentlich?

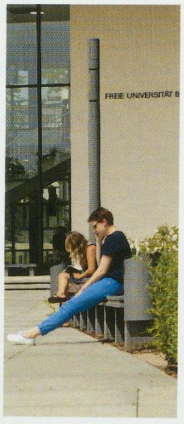
Gender am OSI
Das Problem mit den Begrifflichkeit_innen

Zypern
Der vergessene Konflikt

Fotos: Quincey Stumpner





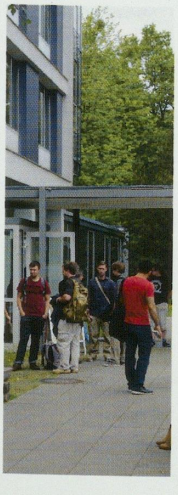


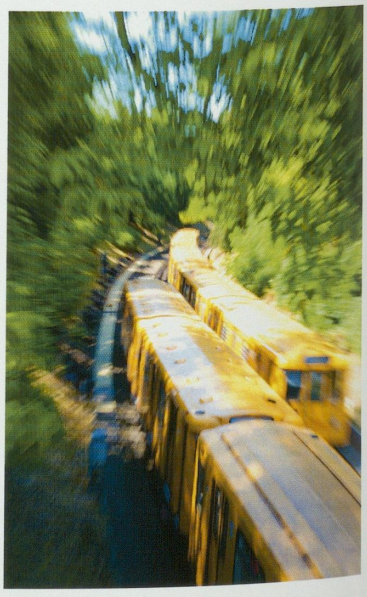












Mittellos - mittelmäßig?

Wie schlimm steht es um das Institut? Die OSI-Zeitung hat sich umgehört, umgeschaut, mit Studierenden und mit der Geschäftsführenden Direktorin Tanja Börzel gesprochen, um diese Frage zu beantworten und etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

Von Luise Eisenhardt und Lotte Blumenberg

Es scheinen schwere Zeiten am größten politikwissenschaftlichen Institut Deutschlands zu sein: Kein Geld für nichts, schlechte Stimmung unter den Studierenden, überfüllte Lehrveranstaltungen, unterbezahlte DozentInnen, zu unausgewogenes Studienangebot. Selbst wer sich große Mühe gibt, nicht mit hochschulpolitischen Themen in Berührung zu kommen, schnappt zwangsweise das ein oder andere Gerücht auf, sieht die Plakate an den Bäumen. Aber vor allem sind die Missstände im eigenen Studienalltag zu spüren.

Im Mai veranstaltete *die Linke.SDS* am Institut eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „OSI in der Krise". Das erklärte Ziel der Veranstaltung war es, eine Debatte über die Probleme am Institut und in der Hochschullandschaft allgemein anzustoßen. Doch ist die im Titel suggerierte Untergangsstimmung gerechtfertigt? Was ist dran an Gerüchten und Parolen der letzten Monate, die das OSI scheinbar an einem Abgrund sehen?

Ist das OSI pleite?

Berlin ist hoch verschuldetet und versucht trotzdem, drei Universitäten und etliche Hochschulen zu finanzieren. Zusätzlich gibt es auch noch immer mehr Studenten bei kaum wachsenden finanziellen Kapazitäten. Aber das ist kein neues Phänomen. Mit dem chronischen Geldmangel kämpfen die Unis schon seit Jahren. Die geschäftsführende Direktorin des OSI, Tanja Börzel, beurteilt die Situation deshalb auch relativ gelassen: „Das OSI in der Krise? Nein, ich würde mir natürlich auch wünschen, dass wir mehr Geld hätten. Aber so wie das momentan läuft, können wir zumindest den Betrieb am Laufen halten", erklärt sie. Doch reicht das wirklich aus, um am OSI gut lehren und lernen zu können?

Im Jahr 2002 wurde die Einführung sogenannter leistungsbezogener Mittel beschlossen, die die Arbeit der Unis effizienter gestalten sollten. Nach der seit 2006 umgesetzten Regelung werden 30% des Berliner Hochschuletats nach Leistung in Lehre, Forschung und Gleichstellung verteilt. Doch was heißt das genau? Es geht um möglichst hohe Absolventenzahlen, viele Drittmittel, hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit und Umsetzung der EU Charta zur Geschlechtergleichstellung. Von diesem System profitiert die FU, wohingegen TU und HU weniger Geld als vor der Einführung des Leistungssystems erhalten.

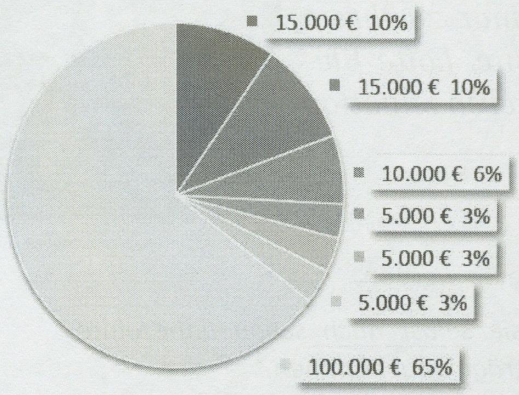
Unabhängig davon hat das OSI für 2012 einen Grundhaushalt von 20.347 Euro. Damit können an unserem Institut jedoch gerade mal die überlebenswichtigen Kosten für Telefon, Drucker und Klopapier gedeckt werden. Der größte Teil des OSI-Haushalts kommt aus dem „Leistungstopf". Aus diesem wird das Geld FU-intern an die Fachbereiche verteilt, die es wiederum leistungsbezogen an die Institute vergeben. Wie die gesamte FU bekam auch das OSI in den letzten Jahren immer mehr Geld als vor der Einführung des Leistungssystems, für 2012 sind es 135.193 Euro. In allen einbezogenen Faktoren ist das OSI vorne mit dabei.

Dementsprechend gibt es für die Arbeitsbereiche am OSI, die am meisten leisten auch das meiste Geld. Allerdings existiert am OSI ein Umverteilungssystem, das laut Tanja Börzel sehr gut funktioniert. Am OSI sei es selbstverständlich, dass schwächere Bereiche mitgezogen werden. „Wer sich hier am OSI engagiert, in der Lehre, in der Selbstverwaltung, in der Forschung, beim Publizieren, der wird immer genügend Geld haben", versichert Börzel.

Trotz alledem gebe es auch viel

Wofür gibt das OSI 2012 Geld aus?

- Lehraufträge
- Telefonkosten
- Einführungsveranstaltung/Tutorien
- Drucker/Zubehör
- studentische Projekte
- sonstige Ausgaben
- Verteilung auf die Kostenstellen



Verbesserungswürdiges. „Es muss mehr Geld ins System", stellt Tanja Börzel fest. Doch wo soll mehr Geld herkommen? Und ist das Geld allein der Schlüssel? Mehr Geld, zum Beispiel durch Studiengebühren, helfe allein nicht, meint Börzel, die Universitäten müssten auch sinnvoll wirtschaften. Häufig komme bei den Studenten nichts von ihrem selbst bezahlten Geld an, weil damit nur Löcher gestopft würden. Zudem dürften Studiengebühren nicht dazu führen, dass sich die Länder aus der Verantwortung ziehen, meint Börzel.

Andererseits gibt sie zu bedenken, dass das Konzept „Massenuniversität" es bisher nicht schaffen konnte, die soziale Schieflage auszugleichen - immer noch kämen gut 80% der Studierenden aus bildungsnahen Schichten. Auch wenn sie sich nicht als Studiengebührenbefürworterin sehen möchte, wirft sie auch dem System gebührenfreier Unis vor: „Die Nicht-Akademiker subventionieren die universitäre Ausbildung der Kinder von Akademikern."

Nach dem Slogan „Das Beste draus machen" läuft es finanziell am OSI im Vergleich zu anderen Fachbereichen und Unis nicht so schlecht, wie das Gefühl vermittelt wird.

Es lässt sich darüber streiten wie leistungsorientiert eine Lehranstalt sein sollte. Dennoch profitiert das OSI von diesem System.

Bezahlt das OSI seine Lehrbeauftragten angemessen?

„Ein Lehrauftrag ist zu vergüten; dies gilt nicht, wenn der oder die Lehrbeauftragte nach Erteilung des Lehrauftrages auf eine Vergütung schriftlich verzichtet (...)."

So steht es im Artikel 120, Absatz 4 des Berliner Hochschulgesetzes in der Fassung von 2011.

Die Berliner Unis stellte diese Neuregelung vor ein Problem, da sie bis dahin oftmals unbezahlte Lehraufträge vergeben hatten. Ein Negativbeispiel ist das OSI, an dem vor der Regelung etwa ein Drittel aller Lehrveranstaltungen von Lehrbeauftragten gestellt wurde. Zwei Drittel von Ihnen wurden nicht bezahlt.

Im laufenden Semester sind es 89 Lehraufträge. Diese werden zwar alle bezahlt, allerdings beträgt die Vergütung für eine Veranstaltung im Sommersemester insgesamt nur rund 800 Euro. Im Wintersemester sind es knapp tausend Euro, da es etwas länger ist. Hinzu kommt, dass das Gesetz eine Lücke offen lässt: Wenn die Lehrbeauftragten auf ihr Honorar verzichten, können sie weiterhin unbezahlt lehren.

Tanja Börzel weist jedoch darauf hin, dass ein Lehrauftrag am OSI nur noch genehmigt werde, wenn die Finanzierung durch eine Kostenstelle nachgewiesen werden könne. Das bedeutet, es müsse erst das Geld bereit stehen und dann folge die Vergabe.

Börzel erläutert, dass sich das Modell „Lehrbeauftragte" eigentlich an Personen richtet, die hauptberuflich etwas anderes machen und ihre praktischen Erfahrungen ergänzend zum normalen Lehrangebot einbringen. Dementsprechend bekämen sie auch nur eine Aufwandsentschädigung, keine volle Bezahlung.

Sie wisse aber auch, dass die Realität etwas anders aussieht und das Institut die Lehrbeauftragten in der Vergangenheit teilweise genutzt hat, um die Kernlehre zu sichern. Deshalb

achtet das OSI laut Börzel bei der Vergabe neben der Einschlägigkeit und der didaktischen Kompetenz auch auf soziale Kriterien, es werde versucht besonders Lehrbeauftragte einzustellen, die auf das zusätzliche Einkommen angewiesen seien. Dass die achthundert bis tausend Euro keine gerechte Entlohnung für den Job seien, wisse sie aber auch. Daran sei aber nicht zu rütteln, da die Höhe der Vergütung per Gesetz festgelegt ist.

„Armutszeugnis für das deutsche Universitätssystem"



Tamar Amar-Dahl ist eine Lehrbeauftragte der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients am OSI. In den vergangenen beiden Semestern lehrte sie jeweils ein Seminar zu ihrem Schwerpunkt israelische Politik und Geschichte. Lotte Blumenberg hat sie nach ihrer Meinung zur aktuellen Situation der Lehrbeauftragten am Institut gefragt.

OZ: Frau Amar-Dahl, in den letzten Jahren hat sich an den Berliner Unis das System etabliert, immer mehr Lehraufträge zu vergeben, diese aber grundsätzlich nicht zu bezahlen. Erst ein Gesetz 2011 hat unbezahlte Lehre nun verboten. Im Falle des OSI wurde sogar die Kernlehre zum großen Teil durch unbezahlte Lehraufträge bestritten. Wie kann das sein?

Amar-Dahl: Wie das sein kann? Das ist eine gute Frage, bedenkt man, wie aufwendig die Durchführung einer Lehrveranstaltung in Wirklichkeit ist. Nachwuchswissenschaftler sind nun mal darauf angewiesen, Lehrerfahrung zu sammeln, wenn sie an der Universität bleiben wollen. Wenn das System ihnen die Wahl überlässt, unbezahlt oder gar nicht zu unterrichten, so greifen manche doch zu der ersten Wahl, um in irgendeiner Form Fuß fassen zu können. Die bittere Realität ist leider die, dass diese Form der „Beschäftigung" dermaßen etabliert ist, dass sie gerade von den Entscheidungsträgern an den Universitäten als normal verinnerlicht wurde. Deshalb wird versucht, auch das neue Gesetz zu umgehen und weiter unbezahlte Lehre anzubieten, obwohl nicht einmal die bezahlten Lehraufträge der geleisteten Arbeit gerecht werden.

Haben sie selbst auch schon unbezahlte Lehraufträge angenommen?

In meinem Fall waren beide Lehraufträge am OSI vergütet, anders hätte ich das nicht übernommen. Bezahlt wurde allerdings nur für die Unterrichtsstunden, nicht für die tatsächlich geleistete Vor- und Nacharbeit sowie Betreuung und Korrekturen von Hausarbeiten. An der Humboldt Universität hatte ich aber tatsächlich mal ein paar unbezahlte Lehraufträge angenommen.

Schränkt die Nichtbezahlung die Qualität Ihrer Lehre ein?

Nichtbezahlung bzw. symbolische Bezahlung, wie das der Fall bei vergüteten Lehraufträgen ist, beschränkt sicherlich die Qualität jeder Arbeit, das gilt auch für die universitäre Lehre. Ich denke, das muss man gar nicht weiter erklären. Darüber hinaus ist es kurzum eine Beleidigung für die Lehre selbst, wenn man meint, sie sei umsonst erhältlich; ein Armutszeugnis für das deutsche Universitätssystem. Daher muss sich dringend etwas ändern.

Haben Sie Vorschläge, wie die Situation der Lehrbeauftragten in Zukunft verbessert werden kann?

Inzwischen bin ich der Meinung: Ein echter Widerstand muss von Seiten der Lehrbeauftragten selbst kommen. An ihnen liegt es, ob diese ausbeuterische Arbeitsform fortgesetzt wird oder nicht.

Wie könnte dieser Widerstand konkret aussehen? Sollten sich die Lehrbeauftragten zusammenschließen, um gemeinsam auf das Problem aufmerksam zu machen?

Ich habe keine konkrete Idee, wie einzelne Lehrbeauftragte gegen das gegenwärtige System vorgehen können, weil die Lehraufträge fest in den universitären Strukturen etabliert sind. Daher wird es den Lehrbeauftragten nicht weiter helfen, gemeinsam auf das Problem aufmerksam zu machen. Man weiß, wie das ist. Wie man dagegen vorgehen könnte, dazu fällt mir nur ein, sich konsequent zu weigern mitzumachen, also Lehraufträge nicht anzunehmen. Ob die einzelnen Lehrbeauftragten dies tun können bzw. wollen, ist noch offen.

Sollte das Modell „Lehraufträge" dann vielleicht lieber ganz abgeschafft werden, anstatt die jetzige Praxis aufrechtzuerhalten?

Die Unis sollen für die Lehre bezahlen. Das soll selbstverständlich sein. Das ist aber leider nicht der Fall. Viele Nachwuchswissenschaftler lehren bekanntlich im Rahmen solcher Lehraufträge, im besten Fall für wenig Geld, in der Regel ganz umsonst. Das System der Lehraufträge dient nicht nur der Vielfalt der Lehre, weil sie angeblich Flexibilität und Mobilität der Lehrenden ermöglicht - so das Argument der Universitäten. Es dient auch dazu, Geld zu sparen, und zwar auf Kosten der Nachwuchswissenschaftler. Als eine davon bin ich dafür, dass die gegenwärtigen Strukturen abgeschafft werden sollen. Das hat ohnehin keine Zukunft.

Gibt es am OSI keine kritische Wissenschaft mehr?

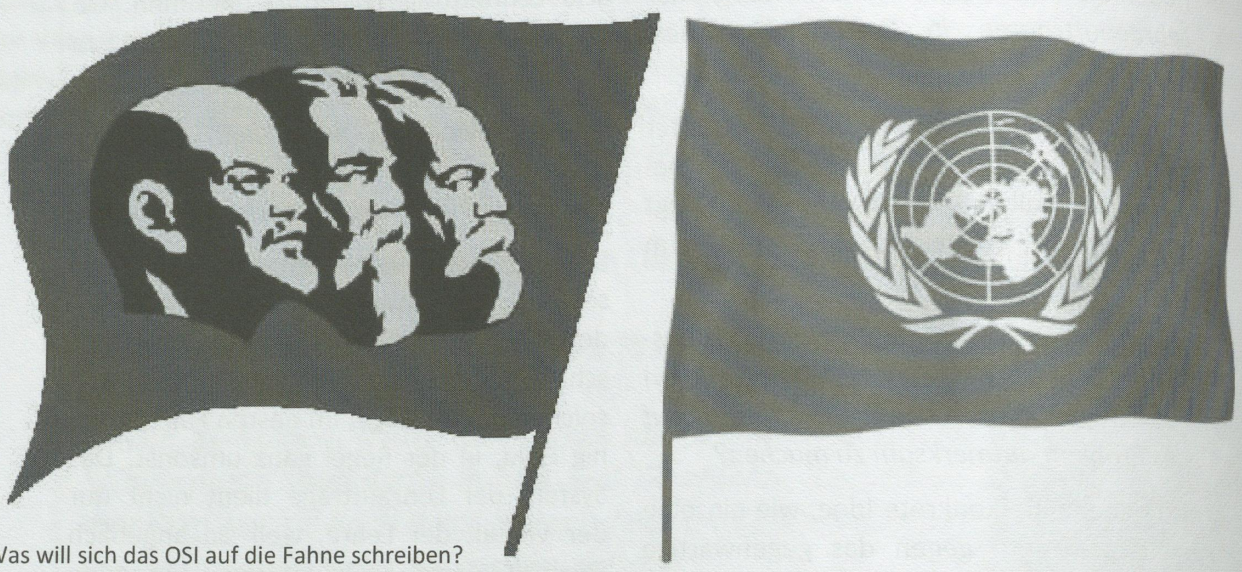
Der Bereich Internationale Beziehungen wächst und wächst. Die politischen Theorien, einst das Flaggschiff des OSI, scheinen nicht mehr mitzuhalten. Wird die politische Theorie verdrängt?

Das OSI erfreut sich einer langen Tradition kritischer Wissenschaften. Spätestens seit der 68er-Bewegung hat es seinen Ruf als Ideenschmiede für linke und alternative Politik weg. Mit berühmten Wissenschaftlern wie Johannes Agnoli oder Elmar Altvater gehört Kapitalismuskritik, Anarchismusforschung und Marxrezeption zum klassischen OSI-Handwerk.

Politische Theorie, die Auseinandersetzung mit den Gedanken der großen Vordenker, wird oft als der Kern, die Grundlage der Politikwissenschaft verstanden. Einige Studierende und Lehrende sind deshalb erbost angesichts des Bedeutungsverlustes der Theorie.

Der wohl schwerste Schlag war 2008 die Herunterstufung der Vollprofessur für Ideengeschichte zu einer Juniorprofessur zugunsten von zwei neuen IB-Professuren. Im Gegensatz zu anderen Instituten für Politikwissenschaft in Deutschland ist Roth im Bereich der Theorie am OSI allerdings nicht allein. Bernd Ladwig besetzt mit *Moderne Politische Theorie und Wissenschaftstheorie* eine weitere Professur. Beide Stellen sind jedoch lediglich W2-besoldet, also mit weniger Mitteln ausgestattet.

Dass die politischen Theorien im Vergleich zum IB-Bereich oder den Regionalstudien mittlerweile schwächer sind, ist laut Tanja Börzel keine bewusste oder gar böswillige Entscheidung, sondern historisch so gewachsen. Gelder werden nach Leistung vergeben, wobei Leistung nicht nur bedeutet, dass der IB-Bereich die meisten Drittmittel bekommt und mehr publiziert, sondern auch, dass es dort die meisten Studierenden gibt, die



Was will sich das OSI auf die Fahne schreiben?

sich dafür interessieren und ihre Bachlor-, Master- oder Doktorarbeiten dort schreiben wollen. Tanja Börzel hebt jedoch hervor, dass am OSI die finanzielle Umverteilung gut funktioniert und „andere Bereiche zumindest arbeitsfähig bleiben".

Nicht jeder Politikwissenschaftler muss es anstreben, geschniegelt und gestriegelt ins UN-Hauptquartier einziehen zu wollen, aber eben auch nicht jeder muss sich einen Bart wachsen lassen und den Kommunismus wieder aufbauen. Für alles bietet das OSI immer noch Raum. Und dass im Vergleich zu 1968 die Bedeutung der politischen Theorie abgenommen hat, ist nun wirklich nicht die Schuld des OSI. Alles hat seine Zeit. Und zur Globalisierung haben die Urväter einfach nicht so viel zu sagen.

Die Beteiligten sollten mehr miteinander reden

Auf der einen Seite stehen Studierende der Fachschaft und verschiedener Initiativen und fordern mehr Geld, Freiraum, Mitbestimmung und kritische Theorielehre. Auf der anderen Seite stehen die Verantwortlichen wie z.B. Tanja Börzel, die mit dem Machbaren argumentieren. So lassen sich die zwei „Blöcke" am OSI beschreiben.

Es wird viel übereinander geredet, aber zu wenig miteinander. Alle meinen zu wissen, was die andere Seite wirklich im Schilde führt, ganz egal wie gesprächsoffen diese sich gibt. Und so passt das Bild vom „Stillstand" statt „Krise, das Klaus Roth benannt hat, doch ganz gut. Allerdings in einem anderem Sinn: die Konflikte werden nicht gelöst, sondern schwelen vor sich hin, beide Seite haben sich ideologisch festgefahren, wiederholen ein ums andere Mal ihre Position und alles dreht sich im Kreis.

Die Podiumsdiskussion der SDS war beispielhaft für die scheinbare Ausweglosigkeit und für die mangelnde Kommunikation am Institut. Auf dem Podium saßen lediglich Vertreter ein und derselben Meinung und hätte nicht Frau Börzel ihre Meinung aus dem Publikum heraus geäußert, wäre es wohl gar nicht erst zu einer Diskussion gekommen.

Ein pauschales Urteil wird den Beteiligten nicht gerecht – das ist klar. Doch im Moment lässt sich nicht anderes sagen, außer: So sollte es nicht weitergehen.

Eine weitere Meinung zum Thema findet ihr auf Seite 16.

Das Problem mit den Begrifflichkeit_innen

Die übermäßige Fixierung auf gendergerechte Begriffe verwirrt nicht nur so manche Erstsemestler, sondern verschleiert auch noch die echten Probleme.

Von Luise Eisenhardt und Claudia Zink

Du kommst als frisch gebackene Studentin an die Uni. Berlin soll es sein. Die FU, das Otto-Suhr-Institut hat doch irgendwie einen Namen. Da wird unvoreingenommene Wissenschaft betrieben. Du hast eine grobe Vorstellung von dem, was dich erwartet, hast dein Wissensbündel geschnürt und extra den Tagesspiegel abonniert. Die Welt ist in Aufruhr, es passiert Großes und Bedeutendes in der Politik: In Nordafrika wird tüchtig an den alten Staatsstrukturen gerüttelt, der Euro geht den Bach runter und Putin hat immer noch nicht verstanden, was Demokratie ist. Aber am OSI thront ein Thema schon in den ersten Tagen provokant über allem.

Eigentlich hast du dich als Frau immer wohl gefühlt, höchstens mal etwas über Frauenquoten und Lohnunterschiede gelesen und darüber nachgedacht. Doch wie aus dem Nichts steht er plötzlich da, ein bärtiger Feminist in selbst gestricktem Hanfpullover. Er erzählt dir, dass du eigentlich gar kein Geschlecht hast, da die Unterteilung der Gesellschaft in Geschlechter genauso sinnvoll oder sinnlos ist wie die Unterteilung in Lockenköpfe und Glatthaarige. Du wunderst dich: „Aber ich bin doch eine Frau!?" Prompt folgt die belehrende Antwort: „Du wurdest zwar weiblich sozialisiert, aber das biologische Geschlecht muss nicht mit dem sozialen identisch sein. Es gibt so viele Geschlechter auf der Welt, wie es Menschen gibt."

Verwirrt gehst du in dein erstes Seminar. Das Gender-Kürzel hinter dem Titel macht dir auf einmal etwas Angst. „Willkommen liebe Student_innen! Schön, dass alle Menschen heute hierher gefunden haben." Du machst Bekanntschaft mit deiner ersten doppelt quotierten Redeliste. Irritiert fragst du dich, wieso Frauen bei den Diskussionen bevorzugt werden, wenn es doch gar keine Unterscheidung der Geschlechter geben soll. Als du das erste Mal das Wort erhältst, würdest du am liebsten fragen, ob nur dein Geschlecht oder auch der Inhalt deines Redebeitrags von Interesse ist.

Auf deinem Heimweg wird dein neu erworbener sexter Sinn für „Gender" endgültig überreizt: An den Bäumen hängen Plakate mit Slogans wie „Sexismus lauert überall!" und dir werden Zettel gereicht, die dich zu befremdlich anmutenden Veranstaltungen wie dem gemeinsamen Besuch eines feministischen Sexshops einladen. Erschöpft kommst du zu Hause an, lässt dich auf dein Bett fallen und fragst dich, ob der inhaltliche Teil des Diskurses nicht etwas zu kurz kommt, wenn die meiste Energie in die politisch korrekte Benennung eines jeden Mitmenschen fließt.



Geschlechterdiskriminierung mal umgekehrt: Wieso ist auf diesem Schild nie ein Mann?

GENDER *meinung*

Es ist noch immer schwierig für Frauen in Deutschland, Familie und Karriere zu vereinen. Deshalb sind die Einstellungschancen schlechter, die Löhne niedriger und Führungsetagen bleiben Frauen oft verschlossen. Doch steuern die theoretischen Ausführungen über „Gender" an Lösungsansätzen für die real existierenden Probleme vorbei. Weder das Herumdoktern an der Sprache noch das Abstreiten der Existenz von Geschlechterunterschieden hilft hier weiter. Im Gegenteil, die emotionalisierte Debatte verliert sich in Begrifflichkeiten. Wenn zwischen Mann und Frau nicht mehr unterschieden werden soll, können auch keine konstruktiven Förderungsmaßnahmen für Frauen auf den Weg gebracht werden. Doch solange Frauen die Kinder bekommen, haben sie besondere Bedürfnisse.

In der Gesellschaft werden Genderfragen oft als vernachlässigt dargestellt. An der FU, besonders am OSI, ist das Thema Gender mittlerweile dagegen überrepräsentiert. Überall kann ein Genderbezug hergestellt werden und alles Übel dieser Welt ist mit ein wenig Hinbiegung auf unsere binäre Gesellschaft zurückzuführen. Dabei ist Gender-Mainstreaming auch längst in der Realpolitik angekommen. Seit dem Amsterdamer Vertrag wird EU-weit die allumfassende Gleichstellung in allen Bereichen angestrebt. Es geht nicht mehr um gleiche Rechte und Chancen, sondern um gleiche Menschen. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau werden als Problem per se gesehen und sollen deshalb abgeschafft werden.

Vielleicht haben wir ja eines Tages eine Welt, in der Männer gebären. Oder eine Welt, in der alle gebären. Ein einheitliches menschliches Geschlecht. Bis es soweit ist, wäre eine ideologiefreie Diskussion um konkrete Fälle von Diskriminierung oder Ungleichbehandlung wünschenswert, bei der die Lösung der Probleme nicht aus den Augen verloren wird.

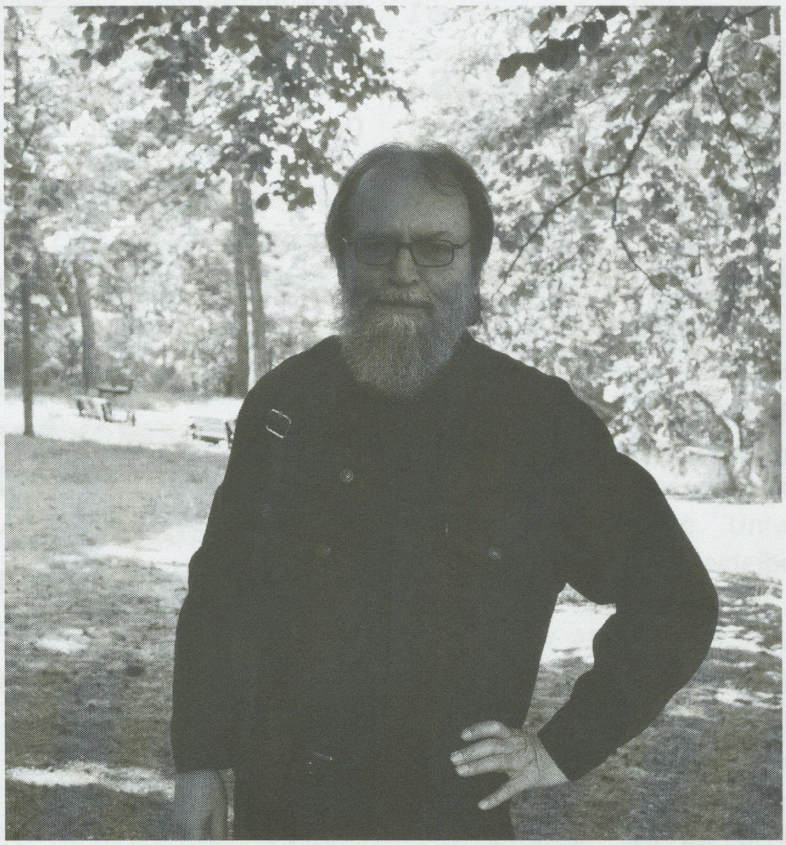
"Nur nicht resignieren..."

Er ist derjenige, der dem Otto-Suhr-Institut wohl bisher am längsten treu geblieben ist: Klaus Roth, Professor für politische Ideengeschichte hier am Institut. Dabei war es gerade in den letzten Semestern nicht immer selbstverständlich, dass seine Stelle erhalten bleibt.

Von Juliane Fiegler

Klaus Roths Empfehlung für den weiteren Lebensweg eines jeden OSI-Absolventen dürfte eigentlich nicht ganz unbekannt sein: „Kritisches Bewusstsein bewahren, sich den Zwängen möglichst entziehen, die Instrumentalisierung bzw. Verdinglichung möglichst bekämpfen und nicht resignieren!" Sein eigener Weg am Otto-Suhr-Institut begann vor fast 40 Jahren nur im Nebenfach, sein Hauptfach war Soziologie. Seitdem forscht und lehrt er im Bereich der politischen Ideengeschichte, promovierte zur Staatstheorie von Hegel – mit dem er zusammen mit Kant und Marx übrigens gerne mal Spaghetti Bolognese essen würde – und habilitierte mit der *Genealogie des Staates*. Vor sechs Jahren trat er die Gastprofessor für Politische Ideengeschichte an. Doch der Erhalt dieser Stelle wurde schon bald von höheren Gremien des OSI und der FU nicht mehr als zwingend notwendig eracht: Im Sommersemester 2009 wurde die Professur von Klaus Roth nicht verlängert und nur aufgrund von studentischen Initiativen und Protesten ein Jahr später wiederhergestellt.

Mittlerweile wurde zwar sogar die Regelung eingeführt, dass Gastprofessoren dieselben Rechte haben wie reguläre Pro-



"Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug."

fessoren, dennoch gefällt Klaus Roth „momentan nicht sehr viel" am OSI. Es sei einfach vieles umgekrempelt worden, was einstige gute Strukturen kaputt gemacht habe. Früher umfasste der Bereich *Grundlagen der Politik* am OSI beispielsweise elf Professuren, während Roth „heute nur mit Ladwig" dasitzt. Er selbst hat zwar jetzt eine Grundausstattung – muss „also nicht mehr wegen jedes Bleistifts betteln gehen" – und auch eine feste Hilfskraft sowie eine halbe Stelle für die wissenschaftliche Mitarbeit (WiMi) bekommen, richtig freuen kann er sich darüber aber trotzdem nicht. „Das alles ist nämlich hart erkauft und mit persönlichen Zielvereinbarungen verbunden", erklärt er. Das heißt, dass Roth nun im Gegenzug zu den verbesserten Arbeitsbedingungen zusätzliche Aufgaben, wie etwa die Studienfachberatung, erfüllen und außerdem eine bestimmte Summe an Drittmitteln erwerben muss. Erfüllt er diese und andere Vorgaben in zwei Jahren nicht, wird auch der Vertrag der WiMi-Stelle nicht verlängert. Kein Wunder also, dass sein momentanes Gefühl ist, dass man, wenn man ihn schon nicht loswerden konnte, stattdessen so gut wie möglich „mit Arbeit vollschüttet".

Trotzdem lässt sich der Leiter der Arbeitsstelle für Ideengeschichte nicht unterkriegen. Vielmehr will er nun „Flagge zeigen" und dafür kämpfen, dass die Stelle auch erhalten bleibt, wenn er 2019 in Rente gehen wird. Zum einen sieht er das als seine Aufgabe und Pflicht, da seiner Meinung nach „die Ideengeschichte für die Politik genauso wichtig, wie die Grammatik für die Beherrschung einer Sprache" ist. Somit wäre es also katastrophal, „wenn das OSI zu einem Institut der Internationen Beziehungen werden und die Kernfächer nur nebenbei laufen würden". Zum anderen will er den langfristigen Erhalt der Stelle aber auch als „Dankeschön an die Studis" durchsetzen – dass diese nämlich im letzten Wintersemester um den Erhalt seiner Stelle gekämpft haben, betrachtet Roth als Hauptgrund dafür, dass es sie auch wirklich noch gibt.

Allerdings gibt es auch schon für seine Rentenzeit ab 2019 große Pläne: Roth plant, noch drei weitere Bücher zu schreiben. Eines davon, das dann sozusagen sein Alterswerk wird, könnte sogar einen ähnlichen Umfang haben, wie seine über 900-seitige Habilitationsschrift „Genealogie des Staates", denn das werde dann die Fortführung davon – die *Pathologie* oder *Pathogenese des Staates*.

Aber auch ganz alltägliche Sachen, wie etwa einen Urlaub auf den Seychellen will Klaus Roth unbedingt noch in seinem Leben machen. Dort würde er im Rahmen eines entspannenden Urlaubs aber „wohl auch die Vegetation bestaunen" (müssen), da seine Frau Biologin ist. Ganz im Gegensatz zu ihm ernährt sich diese übrigens auch vegetarisch – er selbst kocht und isst leidenschaftlich gerne Fleisch, vor allem am Wochenende. Und auch seinen Sonntagabend verbringt er gern ganz klassisch vor dem *Tatort* und sieht auch ansonsten auch gerne mal die ZDF-Krimis.

Eine exzellente Universität - was bedeutet das eigentlich?

Einige Studenten haben vielleicht an den Exzellenzstatus der FU Berlin gedacht, als sie sich für diesen Studienort entschieden haben. Exzellenzuniversität – schön und gut, doch wofür ist sie da, was soll sie bewirken und wie kommt sie eigentlich bei den Studierenden an?

Von Marie Schröter

Geschlossene Türen des Henry-Ford-Baus und Security-Angestellte im Namen der Exzellenzinitiative. Das ist wohl eine Erinnerung, die sich bei vielen Kommilitonen eingeprägt hat. Ein Gremium, das von den Studierenden abgeschottet wurde, als es sich im Februar diesen Jahres einmal selbst einen Überblick über die Universität verschaffte.

» Die Profilbildung der Universitäten ist eigentlich sinnvoll, wenn die Grundausstattung besser wäre. Die gibt es bei uns nicht. «
Christopher, BA Nord-Amerika Studien 4. Semester

Die Männer in Schwarz sorgten dabei nicht nur für die notwendige Sicherheit, sondern zogen auch den Unmut vieler Studenten auf sich. Proteste begleiteten das Bild der Exzellenzinitiative am Campus, doch was sich genau hinter dem Status verbirgt und ob der Berechtigung der Kritik wissen nur wenig Studierende Bescheid.

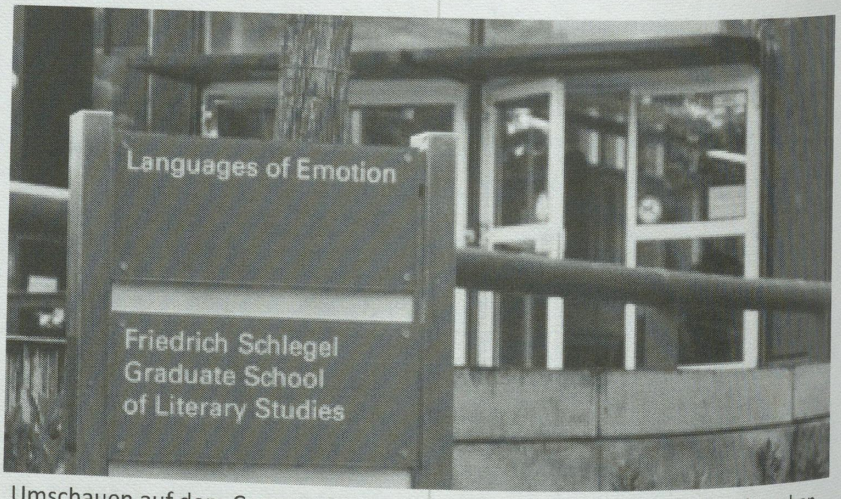
Als die OZ sich auf dem Campus auf die Suche nach den Einstellungen, Meinungen und Assoziationen der Studenten zur Exzellenzinitiative machte, schauten wir in viele peinlich berührte Gesichter: Der Exzellenzstatus ist bekannt, doch hinterlässt eher einen schalen Nachgeschmack. Warum, das konnte uns allerdings keiner so richtig erklären.

Allein die Studenten, deren Institute direkt in ein gefördertes Forschungsprojekt eingebunden sind, konnten mehr Details preisgeben.

Die Forschungsinitiative wurde bereits 2005 in Zusammenarbeit von Bund und Ländern beschlossen und dann von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsrat durchgeführt.

» Durch familiäre Beziehungen weiß ich, dass die FU vor ein paar Jahren ausgezeichnet wurde. Damals wurde kurz vor einer Begehung noch der Campus spontan blitz blank aufgeräumt, was heftige Studentenproteste auslöste. «
Lisa, BA Französische Philologie, 6. Semester

Gefördert werden soll, laut Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, auf der einen Seite Deutschland als Wissenschaftsstandort und auf der anderen Seite die Spitzenforschung. Damit einhergehend



Umschauen auf dem Campus: nach exzellenten Orten muss man gezielt suchen

soll auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit vorangetrieben und unterstrichen werden.

» Es geht irgendwie um die Förderung von Forschung. Graduiertenschulen sind zum Beispiel daraus entstanden. Aber eigentlich betrifft es die Bachelorstudenten noch nicht. «

Tung, Allgemeine und vergleichende Literaturwissenschaften, 4. Semester

Im Jahr 2005 hatten die Universitäten erstmals die Möglichkeit, sich für drei Förderlinien zu bewerben. Graduiertenschulen, die für den wissenschaftlichen Nachwuchs sorgen, Exzellenzcluster, die für die Spitzenforschung zuständig sind und Zukunftskonzepte, die vor allem dafür Sorge tragen sollen, dass die Spitzenforschung international konkurrenzfähig ist, um sich nachhaltig zu entwickeln und zu etablieren. Eine international besetzte Jury entschied über die Programmvorschläge.

» Exzellenzinitative? Dazu weiß ich gar nichts! «

Abdurrahman, BA Politikwissenschaft 4. Semester

Das Ministerium unter Anette Schavan unterstreicht dabei vor allem die Chancen für kleine Studiengänge und Universitäten. Diese können in den ersten zwei Förderlinien durch Zusammenschlüsse von Hochschulen gemeinsame Anträge stellen und auch die Einbindung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist erwünscht.

Insgesamt werden in Deutschland so gerade 85 Projekte quer durch die Republik gefördert. Bei der Betrachtung einer Grafik der Deutschen Forschungsgemeinschaft auffällig wird allerdings auffällig, dass vor allem bereits renommierte Universitäten in München, Heidelberg und Aachen besonders viel Erfolg in der Akquise der Mittel hatten. Auch die Berliner Universitäten reihen sich hier ein. Allein an der FU werden mittlerweile 108 Millionen Euro in neun Projekte finanziert. Dazu zählen drei Exzellenzcluster, fünf Graduiertenschulen und ein Zukunftskonzept, die teilweise in Kooperation mit anderen Universitäten stattfinden, wie zum Beispiel das Exzellenzcluster Topoi, dass sich zusammen mit der HU Berlin der Erforschung der Antike widmet. Auch das viel beworbene Programm *Languages of Emotion* ist ein gefördertes Excellenzcluster der Freien Universität.

Schaut man sich das Konzept der Exzellenzförderung genauer an, wird also schnell deutlich, dass ein Nutzen für die Studenten nur durch positive Nebeneffekte erzielt wird. Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und Zukunftskonzepte bringen Spitzenforscher zusammen, die man vor allem in den höheren Semestern in Vorlesungen und Seminaren erleben kann. Außerdem schaffen viele Forschungsprojekte mehr Stellen für Studentische Hilfskräfte, und nicht zuletzt kann es bei der Bewerbung von Vorteil sein, an einer Universität mit Exzellenzstatus studiert zu haben – vielleicht auch gerade weil wenige wirklich wissen, was sich dahinter verbirgt.

Eine klare Kommunikation bezüglich der Ziele der Exzellenzinitiative wäre zu begrüßen, um keine falschen Hoffnungen bei den Studierenden zu wecken. Genau diese mangelnde Offenheit lässt wohl den schalen Geschmack zurück, wenn über den vielversprechenden Titel gesprochen wird, mit dem sich die FU schmückt. Denn letztlich bleibt es eine Förderung von Spitzenforschung und hat nicht viel mit der Universität in ihrer Gesamtheit zu tun.

» Topoi- The Formation and Transformation of Space and Knowledge in Ancient Civilizations. Als Altertumswissenschaftler profitiere ich direkt von dem Exzellenzcluster zwischen HU und FU . «

John, BA Altertumswissenschaften, 2.Semester

Wer wissen will, nach welchen Dozenten er Ausschau halten muss, wenn er oder sie den „intellektuellen Kern" der Exzellentprojekte erleben will, wir hier fündig: http://www.fu-berlin.de/sit es/inu/network-uni-versity/exzellenz-rat/index.html

Das eigene Projekt

Die OSI-Studierenden Carla Hustedt und Jeffrey Klein haben eine NGO gegründet: Boa Nnipa, *aus dem ghanaischen Twi, übersetzt* Hilf den Menschen. *Im nächsten Wintersemester lassen sie sich von der Universität beurlauben und gehen für ein halbes Jahr nach Ghana. Ihr Vorhaben dort: Sexualaufklärung.*

Von Benedikt Becker

Die Idee von dem eigenen Projekt, einer eigenen kleinen NGO, schwirrte Carla schon länger im Kopf herum. Nach dem Abitur zog es sie 2009 in die ghanaische Hauptstadt Accra. Sie wollte helfen, sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Angetrieben von einem allgemeinen Ungerechtigkeitsgefühl, wie sie damals sagte. Eine etwas naive Vorstellung, wie sie heute sagt. Denn die ersten Erfahrungen mit ihrer Organisation vor Ort waren ernüchternd: Es gab kein Projekt.

„Ich habe das Negativbeispiel einer NGO kennen gelernt", sagt Carla und klingt dabei immer noch ein wenig erbost. Gemeinsam mit anderen Freiwilligen startete sie ein eigenes Projekt: Sexualaufklärung an Schulen. Mit improvisierten Zeichnungen, Kondomen und viel Mut im Gepäck fuhren sie durch das westafrikanische Land. Sie erklärten, beantworteten Fragen und freuten sich über kleine Erfolge. Als Carla und die anderen Ghana nach einem Jahr verließen, starb das Projekt. Und die Idee von einem nachhaltigen Engagement begann zu wachsen.



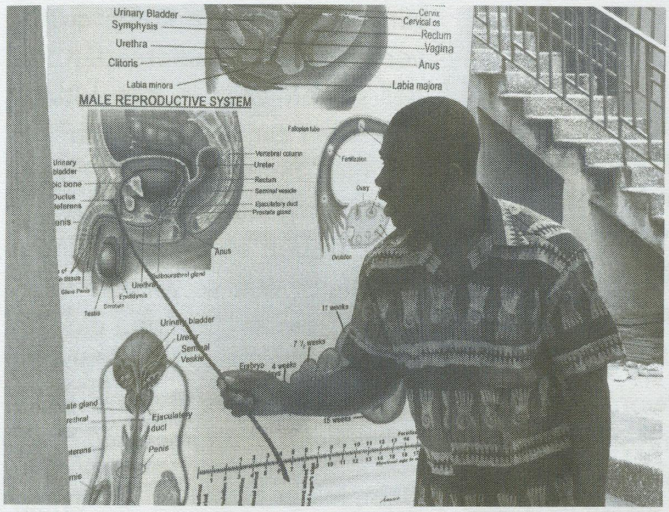
Schon 2009 hat Carla (links im Bild) in Ghana Schulklassen in Sexualkunde unterrichtet. Im August kehrt sie zurück: mit ihrem eigenen Projekt.

Im Sommer 2011 kehrt Carla nach Ghana zurück. In Accra trifft sie sich mit Jeffrey. Auch er studiert am OSI, wie Carla im vierten Semester. Jeffreys Familie kommt aus Ghana, er ist in Köln aufgewachsen. Der 24-Jährige will Brücken bauen zwischen seiner afrikanischen und seiner deutschen Heimat: „Es gibt so viel voneinander zu lernen." Carla und Jeffrey tauschen sich mit Freunden aus, sprechen über viele positive Entwicklungen im Land und über das, was schief läuft – vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit. „Ghana hat ein großes Potenzial", sagt Carla. „Die Leute haben einen starken Willen, etwas zu verändern." Doch es fehle an Strukturen, diese Menschen zu unterstützen, um gemeinsam Strategien zu entwickeln.

Im August 2011, in den letzten Tagen ihres Ghanaaufenthalts, gründen Jeffrey und Carla mit zwei Freunden *Boa Nnipa*. Sie registrieren sich als NGO, knüpfen Kontakte zu den Behörden vor Ort. Auch das Motto ihrer kleinen Organisation steht schnell fest: "BOA ME NA ME MMOA WO" - "hilf mir und ich helfe dir". Für Jeffrey bedeutet das: „Unser Anspruch ist es, die Menschen zu integrieren, nicht ihnen mögliche Lösungen zu diktieren. Sie kennen ihre Problemlage viel besser als wir und nur, wenn sie an einem Prozess beteiligt

werden, finden sich nachhaltige Lösungen." Dies sei die einzige Möglichkeit, wirkliche Akzeptanz für die Projekte zu finden.

Zurück in Deutschland sind Mitstreiter schnell gefunden, die Planung für das erste Projekt beginnt. Im Berliner Afrika-Haus stellen sie ihre Ziele vor. Die Eröffnungsrede hält OSI-Afrikaexpertin Salua Nour, viele Freunde und Interessierte sind gekommen. Für Carla ein schönes Erlebnis: „So eine große Unterstützung zu bekommen, ist natürlich toll." Auch von ihren Freunden in Ghana habe sie viel Zuspruch für ihre Ideen bekommen.



Sammy ist der Mann vor Ort. Für Boa Nnipa hält der Elektronik-Fachmann in Accra den Kontakt zu den Behörden.

Fünf Freiwillige engagieren sich zurzeit in Berlin, zwei in Ghana. „Durch die Leute vor Ort haben wir direkten Kontakt zu den Menschen und den für uns wichtigen Behörden", sagt Carla. Für ihr erstes Projekt werden Carla und Jeffrey im Herbst bis zu sechs Hochschulabsolventen in Sexualaufklärung schulen. „Das ist erstmal unser Hauptprojekt", sagt Carla. Die Ghanaer werden in Schulen im ganzen Land unterrichten, sollen ihre Nachfolger selbst ausbilden. Für die Finanzierung sammeln Jeffrey und Carla Spenden, in einer Berliner Bar konnten sie eine Charity-Party schmeißen.

Ihren sechsmonatigen Aufenthalt bezahlen die beiden aus eigener Tasche. Alle Spendengelder fließen zu 100 Prozent in das Projekt. „Ich finde den Gedanken super, dass ich fünf Euro spende, die wirklich ankommen", sagt Carla. Ihr Ziel ist klar: „Das erste Projekt zum Selbstläufer machen und direkt ein zweites starten."

Anzeige

STUDENTEN OFFER

Wir sind ganz auf Studenten eingestellt.

...an der FU!

Filiale Dahlem I
Habelschwerdter Allee 37
14197 Berlin
Telefon 84 17 42 10
Telefax 84 17 42 36
e-Mail:
habelschwerdterallee@copy-center.de

Filiale Dahlem II
Ladenbergstr. 2
14197 Berlin
Telefon 83 00 93 10
Telefax 83 00 93 29
e-Mail:
ladenbergstr@copy-center.de

Weitere Standorte:
Schöneberg, Mitte/Kreuzberg, Tempelhof, Pankow, Potsdam

www.copy-center.de

KOPIEN ALLER ART
DIGITALDRUCKE
(Laser + Offset)
PERSONALISIERTE DRUCKE
BROSCHÜREN
EXEMPLARDRUCKE
DISSERTATIONEN
DIPLOMARBEITEN
SKRIPTE / READER
FLYER
VISITENKARTEN
XXL-DRUCKE
(Poster, Plakate)
PLATTENDRUCKE
BANNER
ROLL Ups
CD / DVD KOPIEN
SCANS
TEXTILDRUCKE
BINDUNGEN
STEMPEL

PC-ARBEITSPLÄTZE
(scannen, drucken, surfen)

Preisvorteil für Online-Besteller!

So kann bei uns **online** bestellt werden:

OnlineShop Digitaldrucke

B.I.O.S. für FU-Nutzer
(001 - Visitenkarten
004 - Druckleistungen)

Email
digitales Mail Postfach
printpool@copy-center.de

...oder mit Stick/Datenträger einfach vorbeikommen.

www.copy-center.de
www.copy-center-shop.de (Digitaldrucke)
www.copy-center-bshop.de (Büromaterialien)
www.stempel-jetzt.de (Stempel)

Das Ende der großen Show

Es ist zwei Jahre her, da titelten wir: „Die große Show". Gemeint waren Pöbeleien und ergebnislose Diskussionen im Institutsrat. Dies alles scheint nun vorbei. Die neue BA-Studienordnung beschlossen die Statusgruppen gemeinsam. Es könnte der Beginn einer neuen Debattenkultur am OSI sein, hofft unser Autor. Denn auch die Hochschulgruppen haben ihre Grabenkämpfe eingestellt.

Von Benedikt Becker

Was macht eigentlich die LHG? Lange hat man nichts mehr gehört vom Bollwerk des Liberalismus und Nicht-Links-Sein am OSI. Doch ein Blick in die letzte Ausgabe des „UniSPIEGEL" beweist: Es gibt sie noch, und sie haben noch einmal mediale Aufmerksamkeit bekommen – als Randgruppe. Für die Journalisten sind sie Exoten. So exotisch gar, dass die gescheitelte Frisur von OSI-Absolvent Marcel von Volland zum Politikum wird. Sind sie nun FDP-nah oder nicht, wird gefragt.

Eine spannende Frage, aber schlicht irrelevant. Denn am OSI spielt die LHG längst keine Rolle mehr. Das ist schade für den Meinungspluralismus, aber gut für die Debattenkultur. Vorbei ist die Zeit, als Mitglieder der LHG private Mails von anderen Studierendenvertretern veröffentlichten. Vorbei die Zeit, als sie auf ihrem Blog Kritik an den Verhältnissen äußerten, die inhaltlich zwar berechtigt, in Form und Sprache aber völlig daneben war. „Schreibendes Maschinengewehr", nannten sie ihr wohl streitbarstes Mitglied. Als Armin Peter letztes Jahr in die USA ging, verschwand der Kleinkrieg zwischen der LHG und anderen Hochschulgruppen gleich mit.

Es ist ruhig geworden um die politisch aktiven Hochschulgruppen am OSI. Die Jusos, früher Lieblingsfeind der LHG, konzentrieren sich auf ihre Arbeit im Fachbereichsrat. Gut so, will man ihnen zurufen, voll Freude über die informativen Berichte auf ihrer Homepage. Beim SDS hingegen war man einige Zeit mit sich selbst beschäftigt. Nun suchen die GenossInnen den Weg aus der Krise, der OSI-Krise wohlgemerkt *(siehe Bericht Seite 4)*. Zu ihrer letzten Podiumsdiskussion luden sie vier Gäste, die allesamt dieselbe Meinung vertraten. In Sachen spannender Debatte gibt es da deutlichen Nachholbedarf.

Die VertreterInnen in den Gremien sind glücklicherweise andere. Dort ist die Vormachtstellung der FSI ungebrochen. Für die VerfechterInnen der Basisdemokratie ist der politische Gegner traditionell nicht bei den konkurrierenden Hochschulgruppen zu finden, sondern bei den ProfessorInnen. Doch die Schützengräben im Hörsaal 21/B scheinen zugeschüttet. Dort, wo mittwochmorgens der Institutsrat tagt, dominiert die Ruhe nach dem Sturm.

Es ist gerade ein halbes Jahr her, dass die erste Abstimmung einer neuen BA-Studienordnung im Chaos endete. Was folgte, ist bekannt. Der auf dem Institutstag diskutierte Kompromissvorschlag der Studierenden findet seinen Weg in den I-Rat – und wird beschlossen. Für die FSI ein überraschender Erfolg. So wirklich habe man sich gar nicht freuen können, berichten Beteiligte. War es wirklich möglich, dass man am Ende eine im Konsens gefasste Empfehlung abgeben konnte, die der Fachbereichsrat dann absegnet?

Nein, leider nicht. Der Einspruch des Rechtsamts bezüglich verpflichtender Gender-Seminare ist bekannt. In der Diskussion über diesen Einspruch wurde deutlich, dass die Mitglieder des Institutsrats natürlich weiterhin verschiedene Interessen vertreten. Doch im Gegensatz zu vergangenen Tagen konzentriert sich die Debatte auf inhaltliches. Das zeigte zuletzt die Diskussion über die Lehrplanung des nächsten Semesters. Wo früher schon der kleinste Streitpunkt ins Persönliche abzurutschen drohte, traf man nun gemeinsame Entscheidungen. Gegenstimmen? Fehlanzeige! Das Ende der großen Show, es könnte der Beginn eines lang währenden, konstruktiven Miteinanders aller Statusgruppen sein.

Mut antrinken, wieder zur Besinnung kommen!

Was folgt, ist für die Zweifler, für die Sinnsuchenden. Haltet ein, bevor ihr zur Rechtswissenschaft wechselt! Lasst euch nicht von der Ökonomisierung des Studiums beirren! Es gibt noch Hoffnung für die Politikwissenschaft. Entscheidend ist, was ihr daraus macht.

Von Carsten Spandau

Eine leere Lehre erschreckt die Leute. Wir müssen produzieren, nicht kreieren. Kritisches Analysieren steigert nicht das Bruttosozialprodukt, denn es wird ja nicht in die Hände gespuckt. Wir zerdenken den Staat und reden und reden. *Parasitäres Leben, nicht wahr?*, fragen wir vorsichtig und nippen an unserer Club-Mate.

***

Schluss, es reicht, wie Leben wir eigentlich!? Und da haben wir uns wieder gefunden. Die Meinung, das Bewusstsein: endlich wieder ungebunden. Es geht doch darum, nicht nur Teil eines routinierten Mikrokosmos zu sein: wie es in der ordinären Arbeitswelt geschieht. Wir sind mutig genug, nicht der Banalität zu folgen. Das große Ganze gibt uns Sinn. *Lernen, sich für das Wesentliche zu entscheiden. Dort führt es hin, nicht wahr?*, fragen wir vorsichtig und nippen an unserer Club-Mate.

***

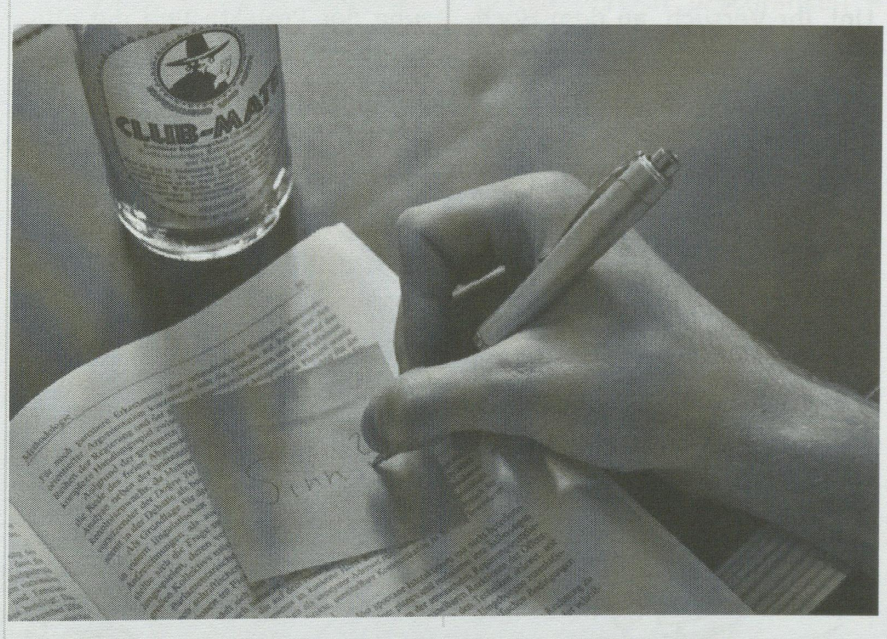
Wir ergeben uns nicht dem Postulat, Produzieren lernen zu müssen. Unsere Gewinne stammen aus der Erkenntnis. Sie sind anders, sie ergeben Sinn. Sie drehen die Schrauben an unserem Selbst- und Weltverständnis, bedienen die Stempelmaschinen, die unsere Gedanken in Wort und Schrift prägen. Und so bewegen wir unsere Umwelt, bleiben marktabhängig, aber zumindest nicht marktkonform. Was können wir anbieten? *Nein. Es geht um das WEN! Wen können wir anbieten... UNS, nicht wahr?*, fragen wir vorsichtig und nippen an unserer Club-Mate.

***

Wahrheit liegt in allen Dingen, die des Gedankens fähig sind und unaufhaltsam schreitet die Selektion voran. Wer braucht einen Schrauber, der die Welt nicht bauen kann? Das Politikstudium ist keine laissez-faire Attitude, sondern die selbstbewusste Leichtigkeit einer von Erwartungen losgelösten Gesinnung, die eine vage Zukunft noch zu schätzen weiß. *Nicht wahr?*, fragen wir vorsichtig und nippen an unserer Club-Mate.

***

Die Politikwissenschaft hat als Kunde des Geistes für Markt und Gesellschaft einen ungewissen Wert. Der Mangel an beruflicher Perspektive sei ein Problem, sei es von anderen oktroyiert oder selbst so empfunden. Doch das wahre Problem ist allein die Club-Mate: die ist nun leer. *So auch unsere Lehre?*, fragen wir. Nein. Das Studium ist hier das Elixier, das Bewusstsein und ein Mehr an Perspektiven schafft.



Wie siehst du deine Mate? Halbsinnvoll oder halbsinnleer?

Sind die Piraten bereit, die Hochschulpolitik zu entern?

Eine Hochschulgruppe der Piraten gibt es an der FU- nur leider ist sie derzeit nicht aktiv. Wir wollten trotzdem wissen, wie gut sich "piratige" Ziele in der Hochschulpolitik umsetzen lassen. Dafür haben wir die Piraten an der TU besucht.

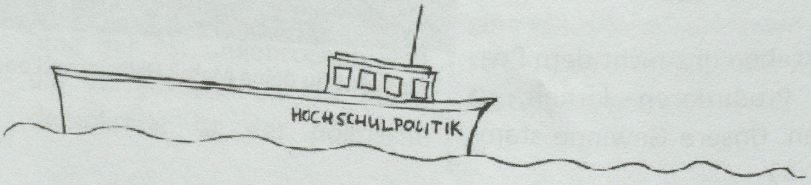
Von Petya Hristova und Claudia Zink

Freitag, 9 Uhr. Die Cafeteria im Eugene Paul Wiegner Gebäude (EW) wirkt ruhig und verschlafen. Ganz im Gegenteil dazu scheinen wir ganz munter. Wir sind da, um der wöchentlichen Sitzung einer Hochschulgruppe beizuwohnen und damit einen neuen aktiven Akteur in der hochschulpolitischen Landschaft kennenzulernen. Unsere Gastgeber auf dem Gelände der Physik-Fakultät sind die Mitglieder der Hochschulgruppe der Piratenpartei an der Technischen Uni. Ihr Versuch, an dem Hochschulleben eifrig mitzuwirken, wirft die Fragen auf, ob sich das Piraten-Phänomen in der Realpolitik auf die Hochschulebene übertragen lässt und ob die Vertreter „piratiger" Ideale – Transparenz, Mitbestimmung und Bekämpfung des politischen Desinteresses – das Potenzial haben, die Missstände auf dem Campus aufzuzeigen und ihnen entgegenzuwirken.

Drei von den insgesamt elf Mitgliedern der Hochschulgruppe sind anwesend. Drei Jungs, später kommt jedoch eine Piratin. „Die Piraten sind eine Männerpartei, aber wir sind für alle offen", teilt einer von ihnen achselzuckend mit. Es wird klar gemacht, dass der Sexismus kein Problem der Piratenpartei sei, sonder ihnen nur vonseiten politischer Opponenten zugeschrieben werde. Über die geringe Mitgliederzahl beschweren sie sich nicht. Die aktive Unterstützung der Projekte und die effiziente Arbeit ständen an erster Stelle, nicht die große Masse.

Die Atmosphäre in der Gruppe ist locker, die Laptops sind aufgeklappt. Netzaffin, dieses Kennzeichen der Piraten-Gemeinschaft wird von vornherein auch bei den TU-Piraten ersichtlich. Bevor sie die brisanten Fragen aus dem unipolitischen Tagesgeschäft besprechen, nehmen sich unsere Gastgeber Zeit und beantworten unsere Fragen. Zuerst schildern sie kurz die Hintergründe, die zur Bildung der Hochschulgruppe in ihrer jetzigen Zusammenstellung geführt haben. Mit dem Ziel, die Probleme in der Hochschulpolitik zu bekämpfen, haben einige von den TU-Piraten zweimal, 2009 und 2010, erfolglos versucht, eine Vereinigung zu gründen. Ihre Bemühungen sind aber im Endeffekt durch die endgültige Gründung der HSG im November 2011 belohnt worden. Die „Piraten an der Technischen Universität Berlin" konnten nach der Wahl des Vorstands und der Festlegung der Geschäftsordnung regelrecht, entsprechend dem Hochschulgesetz, „[die] demokratische[n] Prozesse an der TU Berlin, sowie die politische Willens- und Meinungsbildung [...] fördern", so wurde die Hauptaufgabe der HSG in ihrer Satzung festgehalten. Die TU-Piraten weisen dabei ausdrücklich darauf hin, dass sie eine fakultätsübergreifende Wirkung in guter Zusammenarbeit mit den anderen studentischen Initiativen erzielen. Das Projekt Ini-Vernetzung steht ganz oben in ihrer Tagesordnung.

Transparenz und Partizipation – diese Schlagwörter nennt die Piraten-Hochschulgruppe, wenn sie nach ihren politischen Zielen gefragt wird. Die Transparenz hat sie für sich selbst schon erreicht: Jedes Protokoll ist



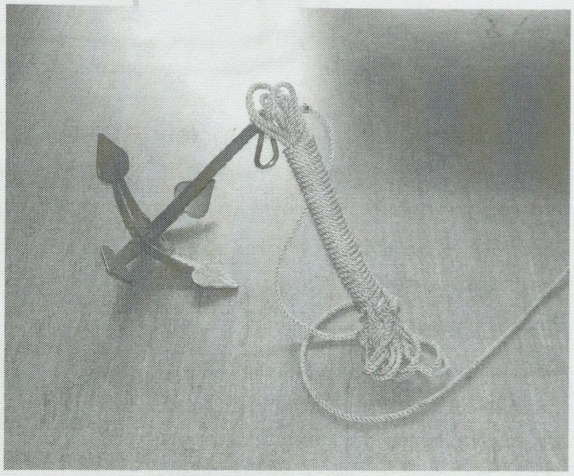
öffentlich einsehbar, jeder kann zu Sitzungen kommen und sich vorher ausführlich mithilfe des Wikis über die Gruppe informieren. Auch in der Unipolitik – im Stupa, dem Fakultätsrat und anderen Gremien – sollen Entscheidungen öffentlich gemacht werden, um so einen ersten Schritt gegen das politische Desinteresse vieler Studierender zu wagen.

Selbst zur Wahl stellen wollen sich die Piraten jedoch erst, wenn sie sich gründlich mit den Strukturen und Arbeitsprozessen vertraut gemacht haben. Sebastian Kirste, einer der Mitbegründer der Hochschulgruppe, der auch in der Kommunalpolitik für die Piraten aktiv ist, erklärt mit einem Augenzwinkern: „Wir gehen umgekehrt zu der Taktik der Piraten auf Landesebene vor: Wir wollen uns einarbeiten, bevor wir die erste Liste aufstellen lassen, damit wir auch direkt etwas bewirken können."

Doch bereits bei der Frage nach der Kandidatur für Hochschulgremien wird die Heterogenität der Gruppe deutlich. Franz-Josef Schmitt, kurz FJ, ist nicht mehr Student, sondern Wissenschaftlicher Mitarbeiter – die Piraten zeigen sich offen für alle Statusgruppen. Er hat Erfahrungen in den verschiedensten Gremien der TU gesammelt und wünscht sich eine rasche Kandidatur der Piraten, zum Beispiel auf den Listen anderer studentischer Gruppen.

Wer sich die Werte und Grundideen der Hochschulgruppe ansieht, gewinnt schnell den Eindruck, sie sei eine Art Arbeitsgruppe der Piratenpartei für die TU. Von einer zu engen Verbindung distanzieren sich die Mitglieder der Gruppe jedoch. Man teile die gleichen Ideale und nutze mit Ausnahmen die gleichen Arbeitsmethoden – so sei etwa das Liquid-Feedback wegen der kleinen Mitgliederzahl noch nicht nötig. Allerdings habe sich die Hochschulgruppe unabhängig von der Piratenpartei gegründet und sei auf hochschulpolitische Themen fokussiert. Daher seien auch Beschlüsse der Piraten zur Bildungspolitik nicht verbindlich für die Hochschulgruppe.

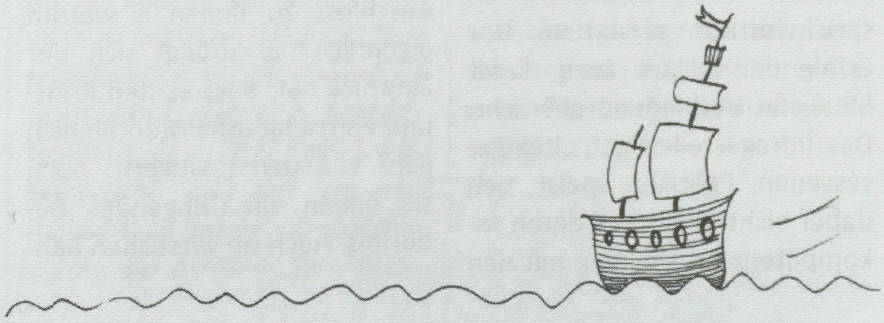
Dass die Ideale der Piraten nicht nur unter Informatikern und Ingenieuren Anklang finden, zeigt sich daran, dass auch an der FU formal eine Piraten-Hochschulgruppe existiert, die bei den letzten Wahlen sogar einen Vertreter ins Stupa schicken konnte. Die Hochschulgruppe bestand längere Zeit erfolgreich, musste jedoch die Arbeit einschränken, da die meisten Mitglieder für das Abgeordnetenhaus oder Bezirksverordnetenversammlungen kandidiert haben und inzwischen so eingespannt in die Kommunal- und Landespolitik sind, dass sie keine Zeit mehr für die Hochschulpolitik finden.



Bereit zum Entern? Der Anker ist gelichtet!

Die Mitglieder der Piraten-HSG der TU wollen ihre Arbeit dagegen vorwiegend auf den uniinternen Bereich beschränken – doch erwähnen sie beiläufig, dass die politische Arbeit von bekannten Berliner Piraten, wie etwa Martin Delius, an der TU Berlin begann.

Im Netz findet man die Piraten-HSG der TU unter: http://wiki.piratenpartei.de/HSG:TU-Berlin



Eine dringende Angelegenheit

Nicht nur Politiker haben Schwierigkeiten, mit Netzinhalten umzugehen. Warum etwa schreiben es sich Journalisten ständig auf die Brust, mit den neuen Medien umzugehen? Dass im Internet über ein Thema kommuniziert wird, zeigt nicht die Relevanz des Themas und genausowenig die Relevanz der kommunizierten Inhalte. Eben daran scheinen einige aber zu glauben.

Von Robert Hawemann

Nach ihrem gescheiterten Versuch, in Berlin Regierende Bürgermeisterin zu werden, gab Renate Künast im Hinblick auf den ersten großen Wahlerfolg der Piraten etwas hilflos das Credo aus, die Grünen seien ja „auch netzaffin". Diese Aussage erinnert leicht an eine Szene aus dem Roman *Forrest Gump*: Der Protagonist wird zufällig Präsidentschaftskandidat, muss seine große Rede halten, ihm fällt nicht ein, was er sagen will, und letztendlich verkündet er bloß: „Ich muss pinkeln." Die Menschen jubeln ihm zu und der Spruch wird derart gefeiert, dass sein Gegenkandidat sich nicht anders zu helfen weiß, als eine Kampagne zu starten mit dem Motto „Ich muss auch pinkeln".

Die geballte Inkompetenz der etablierten Politiker im Umgang mit den neuen Medien ist fast sprichwörtlich geworden. Der Erfolg der Piraten wird damit häufig in Verbindung gebracht. Das Infragestellen der alteingesessenen Politiker speist sich dabei nicht allein aus deren Inkompetenz im Umgang mit den neuen Medien an sich. Das Problem ist eher ihre Überzeugung, *allein der Umgang* mit diesen Medien zeuge von Kompetenz.

Angela Merkel versuchte als erste prominent, sich mit ihren steifen Videobotschaften zu vermarkten, die regelmäßig parodiert wurden. Andere folgten. Horst Seehofer machte kürzlich den Versuch, eine Facebook-Party zu veranstalten. Im Vorfeld zeigte er sich besorgt aufgrund des möglichen Ansturms. Die Befürchtungen waren unbegründet, trotz Freibier wollte dem Nullereignis außer ein paar Leuten von der Jungen Union kaum jemand beiwohnen.

Aber sind es eigentlich nur die Politiker? Immerhin waren weit über hundert Journalisten Zeugen von Seehofers kläglichem Versuch, ans Internetzeitalter Anschluss zu finden – warum eigentlich? Es drängt sich der Eindruck auf, dass es den Print- und Fernsehjournalisten ähnlich geht wie den Politikern. Auch sie haben ein dringendes Bedürfnis. Auch sie versuchen händeringend zu zeigen, dass sie mit der Zeit gehen. Dabei stürzen sie sich gern auf die Inkompetenz der Politiker. Aber auch sie scheinen dazu zu neigen, den Umgang mit neuen Medien mit Kompetenz im Umgang mit diesen Medien zu verwechseln.

Am auffälligsten ist dieses Verhalten heute bei politischen Affären. Im Spiegel-Titel über den Fall Strauss-Kahn wurde etwa angemerkt, eine gewisse PrincessiAm_920 habe den harten Kern der Affäre „am griffigsten zusammengetwittert: ‚Money. Sex. Power. Respect.'" Dass das einst so einflussreiche Nachrichtenmagazin inzwischen so weit gesunken ist, Phrasendrescherei dieser Art als Referenz herzustilisieren, ist erschreckend. Zur Wulff-Affäre war sich die altehrwürdige Tagesschau nicht zu schade, Facebook-Kommentare mit dutzenden Ausrufezeichen als Beispiel für die angeregten Diskussionen im Netz zu zeigen.

Als das Telefon sich als Kommunikationsmedium etabliert hatte, wären selbst die einfallsreichsten und zukunftsfreudigsten Zeitungsreporter nicht auf die Idee gekommen, beliebige Gespräche von Unbekannten abzuhören in der Hoffnung, dass sich eine Aussage zu dem Thema dort findet, über das sie schreiben möchten. Was hat es noch mit journalistischer Arbeit zu tun, auf Facebook, Youtube, Twitter oder auf irgendeinem Blog nach möglichst plakativen Assoziationsfetzen zu suchen? Vielleicht sollten sich die Journalisten ab und zu mal an die eigene Nase fassen und überlegen, ob ihr eigener Umgang mit



dem Internet sachgemäß und sinnvoll ist.

Inzwischen mag sich kaum jemand mehr erinnern: Als dann niemand geringerer als Philipp Rösler über Wulffs Nachfolge entschied, entstand plötzlich eine regelrechte Anti-Gauck-Bewegung im Netz. Gauck hatte es zum Beispiel in einem Interview als „mutig" bezeichnet, dass Sarrazin eine Debatte angestoßen habe, ohne auf viel Zuspruch hoffen zu können. Daraus wurde im Tweetformat rasch ein subtiles „Gauck ist pro Sarazzin", obwohl Gauck im selben Interview Sarazzins Herangehensweise kritisiert hatte. Dieser und andere Vorwürfe der *NoGauck*-Fraktion wurden in den Nachrichten gierig aufgegriffen, weitestgehend ohne die tatsächlich zu Grunde liegenden Aussagen des neuen Bundespräsidenten zu erwähnen.

Das Problem liegt natürlich auch bei den Nutzern des Web 2.0: Viele scheinen zu glauben, wenn theoretisch Millionen Menschen auf ihre Plattitüden zugreifen können, gebe ihnen das zumindest potentiell Weltbedeutung. Zugleich ist es ein grundlegendes Missverständnis, die Anzahl der Zugriffe auf eine Information als Zeichen für deren Relevanz zu nehmen. Wenn im Netz millionenmal auf ein Homevideo eines Minderjährigen zugegriffen wird, der Justin Bieber reinterpretiert, und nur ein paar tausendmal auf Grundsatzdokumente der Afrikanischen Union, heißt das nicht, dass der Clip hundertmal wichtiger ist.

Der Fokus auf Netzinhalte in den „alten" Medien speist sich auch aus der Angst, durch das Internet ersetzt zu werden. Presse und Rundfunk sind aber dazu da, gesellschaftlich relevante Themen herauszufiltern und darüber zu informieren. Wenn sie populären Kurzschlüssen gesellschaftliche Relevanz verleihen, indem sie diese unhinterfragt zum Thema ihrer Berichterstattung machen, bloß weil sie „im Internet diskutiert" werden, verfehlen sie ihre Aufgabe. Eben dadurch machen sie sich ersetzbar.

Der vergessene Konflikt

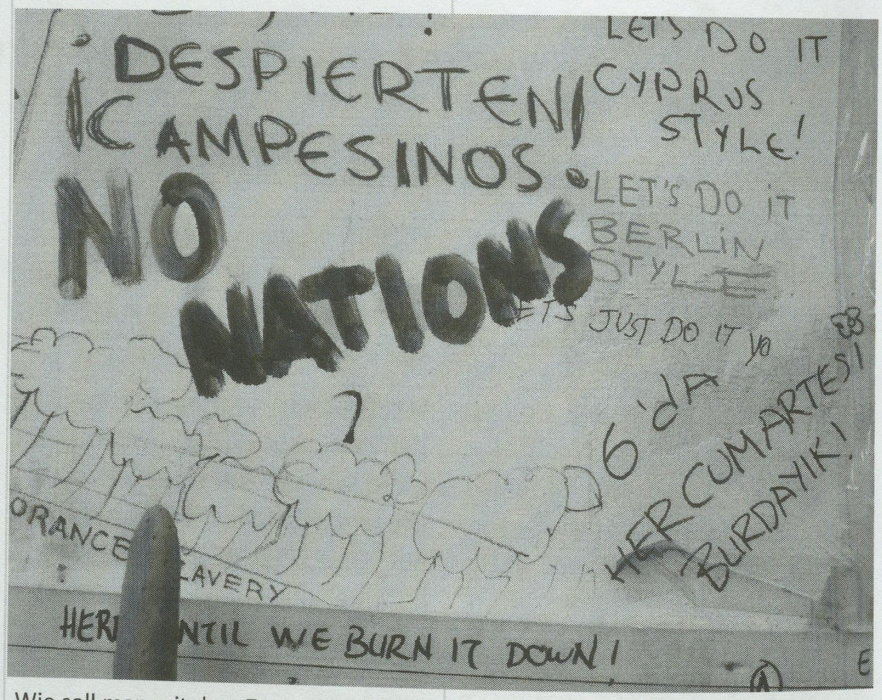
Nikosia ist die letzte geteilte Hauptstadt Europas. Wie leben die Menschen nach über 40 Jahren mit der Teilung? Eine Reise in den Alltag der beiden zypriotischen Gebiete.

Von Claudia Zink

Turkiko! Einai turkiko! Die zypriotische Großmutter meines Freundes starrt das neue Kleid, das ich der ganzen Familie stolz präsentiere, hasserfüllt an. Das Kleid ist in Südzypern produziert. Es ist nicht türkisch. Trotzdem ruft der leicht orientalische Schnitt des Kleidungsstücks in der älteren Frau starke Emotionen hervor. Denn ihre Familie hat unter der türkischen Invasion gelitten. Ich stelle schockiert fest, wie tief der Zypernkonflikt und der Hass der verfeindeten Volksgruppen in den Köpfen der Menschen verwurzelt sind.

Seit 2003 ist wieder möglich, was seit der Teilung der Insel 1974 nicht erlaubt war: Man kann am Rande der von UN-Soldaten kontrollierten Pufferzone im Zentrum der geteilten Stadt Nikosia ein Ein-Tages-Visum erhalten und den jeweils anderen Teil der Insel besuchen. Ich bin neugierig, wie die Menschen in der international nicht anerkannten und daher weitgehend isolierten Republik Nordzypern leben. Ich will wissen, wie sie über ihre Situation und eine mögliche Wiedervereinigung denken.

Die Einreise nach Nordzypern erfolgt schnell und unbürokratisch. Ich bekomme einen Stempel in meinen Pass und kann weiter die Lithras, die wichtigste Einkaufsstraße Nikosias, entlang laufen. Natürlich widerstrebt es mir, dass ein „Staat", der nur von der Türkei als solcher anerkannt wird, Visa vergeben darf.



Wie soll man mit dem Zypernkonflikt lösen? Die gängigsten Lösungen bieten die Graffitis der Stadt.

Völkerrechtlich betrachtet bewege ich mich schließlich weiterhin in der Republik Zypern, in der die EU-weite Reisefreiheit gilt.

Zu Beginn wundere ich mich, wie gering die Unterschiede zwischen Nord- und Süd-Nikosia sind. Luxusläden säumen die Straße. Überall hängen Werbeplakate internationaler Modelabels. Auf einem Platz steht eine reich verzierte Steinsäule, ein Überbleibsel der gemeinsamen venezianischen Geschichte der Insel. Verantwortlich für die einheitliche Gestaltung ist der sogenannten „Nikosia-Masterplan", ein Abkommen zwischen den Verwaltungen der beiden Stadtteile. Er soll eine Vereinheitlichung der groben Gestaltung der Stadt und somit die Möglichkeit einer Wiedervereinigung gewährleisten.

Direkt hinter der Grenze präsentiert sich die Stadt noch von ihrer Schokoladenseite, doch man muss nur in eine Nebenstraße laufen, um das andere Nord-Nikosia kennenzulernen. Von den Mauern bröckelt der Putz, manche Häuser scheinen kaum bewohnbar. Die Kriegsschäden sind noch allgegenwärtig und auch die verblassten Reklameschilder im Stil der 70er Jahre

erwecken den Eindruck, als sei die Zeit mit der Teilung stehengeblieben.

Am Ende einer engen Gasse öffnet sich ein weiter Platz. Eine imposante und gut gepflegte Moschee erhebt sich. An der Tür hängt ein Schild, das Besucher willkommen heißt, sofern sie angemessen gekleidet sind. Leihkopftücher liegen bereit. Ich binde mir ein notdürftiges Kopftuch und stelle meine Schuhe zu denen der Gläubigen - die Touristin, die neben mir steht, geht mit offenen Haaren in die Moschee und trägt ihre Schuhe in der Hand. Ihre Respektlosigkeit wird geduldet. In einer Vitrine liegt ein aufwendig verzierter Koran – ein Geschenk des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. Einige Meter entfernt hängen die nordzypriotische und die türkische Flagge. Die politischen Symbole in einem Gotteshaus befremden mich. Doch in einer Region, deren rechtlicher Status alle Lebensbereiche prägt, scheint sogar der Glaube von der privaten Angelegenheit zum Politikum zu werden.

Der Kontrast zwischen dem Elend in den Straßen und der pompösen Moschee stimmt mich nachdenklich. Direkt an die Mauern der Moschee schließt sich eine griechisch-orthodoxe Kirche an. An den Wänden wächst Moos, ein Seitenschiff des Gebäudes wurde komplett abgerissen, sodass die Steinbänke nun im Freien stehen, im Hauptschiff dienen orangefarbene Plastikstühle als Sitzgelegenheit. Eine Bautafel kündigt an, dass die Kirche derzeit mit Geldern der EU und der UN saniert wird – ein übliches Verfahren. Das kulturelle Erbe Nordzyperns hat sichtlich vom EU-Beitritt der Republik Zypern profitiert. Aber nicht überall. Viele Kirchen in den ländlichen Regionen Nordzyperns werden von der überwiegend muslimischen Bevölkerung dem Verfall überlassen.

In der Nähe der beiden Gotteshäuser sehe ich einen Laden, aus dem es verlockend duftet. In den Regalen stehen traditionelle Süßigkeiten aus Honig und Nüssen, daneben türmen sich große Tüten Kaffee. Griechisch-türkisch-zypriotischer Kaffee, denn kein Produkt spiegelt die gemeinsame zypriotische Identität so gut wieder wie der starke schwarze Kaffee, der auf beiden Seiten der Insel zu jeder Tageszeit genossen wird.

Die niedrigen Preise veranlassen viele griechisch-zypriotische Familien zu einem regelmäßigen

Über *blick*

1925: Zypern wird zur britischen Kolonie: zahlreiche Konflikte zwischen der griechischen Bevölkerungsmehrheit und der türkischen Minderheit

1963: offener Bürgerkrieg mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten

1964: Entsendung einer UN-Peacekeeping-Force (UNFICYP)

1973: griechischer Putschversuch scheitert: gewaltsame Vertreibungen und Umsiedlungen nach illegaler türkischer Besetzung des Nordteils

1974: endgültige Teilung: Gründung der „Republik Nordzypern", nur von der Türkei anerkannt

2004: EU-Beitritt Zyperns: der südzypriotischen Regierung wird der Alleinvertretungsanspruch zuerkannt

Quelle: Zypern, bpb: APuZ 12/2009



Die Occupy-Bewegung hat es sich in der Buffer-Zone gemütlich gemacht.



Eine gezielte Provokation? Auf den Bergen prangt die nordzypriotische Flagge, weit bis in den Süden sichtbar.

Einkauf im Norden. Eine mit Einkaufstaschen beladene Frau, hinter der sich ein schüchternes Mädchen versteckt, sagt mit Blick auf die grellbunten Sonderangebotsschilder: „Seit wir den Euro haben, ist es bei uns im Süden so teuer geworden, Kleidung einkaufen zu gehen! Im Norden ist alles viel günstiger. Aber ich habe immer noch ein seltsames Gefühl, wenn ich hierher komme." Eine Wiedervereinigung hält sie unter der derzeitigen zypriotischen Regierung nicht für möglich und scheint sie auch selbst nicht zu wollen: „Davon würden doch nur die Nordzyprioten etwas haben. Vor allem die Politiker und die Geschäftsleute. Wir hätten davon doch eh nichts!"

Auf einer Bank mitten auf dem Marktplatz sitzt ein älterer türkischer Zypriot. Er ist im Süden aufgewachsen und teilt die negative Einschätzung bezüglich einer möglichen Wiedervereinigung: „Die Verhandlungen der jetzigen Regierung sind ineffektiv, so kann man sich nicht einigen." Bedauern liegt in seiner Stimme. Er gehört zu den Menschen, die sich ausdrücklich als Zyprioten und nicht als Griechen oder Türken bezeichnen. Er spricht Türkisch, Griechisch und Englisch und hat seine alte Heimat in der Nähe des südzypriotischen Paphos schon mehrfach besucht.

In der Zeit nach der türkischen Besetzung Nordzyperns wurde eine große Zahl anatolischer Bauern und Landarbeiter nach Nordzypern geholt, die scheinbar wenig Bezug zur zypriotischen Kultur haben. Einer von ihnen ist der stets lächelnde Juwelier der Lithras. Man kennt ihn hier, er ist längst kein Fremder mehr. „Vor 17 Jahren bin ich hierhergekommen und habe meine Frau geheiratet. Meine Kinder sind Zyprioten!", ruft er fröhlich. Doch auch er glaubt nicht mehr an ein vereintes Zypern: „Dafür ist es zu spät. Es haben sich doch längst zwei getrennte „communities" entwickelt. Die passen gar nicht mehr zusammen."

Widerstand gegen die Teilung Nikosias und Träume für eine gemeinsame Zukunft erhoffe ich



Sobald man die repräsentative Hauptstraße verlässt, tritt die Armut der Bevölkerung offen zutage.

mir von der „Occupy Buffer Zone"-Bewegung. Schon von weitem sieht man die Zelte, die bunten Transparente und Graffiti in der von UN-Soldaten kontrollierten Zone zwischen den Grenzposten beider Seiten. Die Aktivisten verstehen sich als Teil der internationalen Occupy-Bewegung und protestieren gegen Kapitalismus und Ausbeutung. Doch auf Zypern kann man nicht politisch aktiv sein, ohne sich mit dem Zypernkonflikt und Möglichkeiten der Beilegung auseinanderzusetzen.

Ein Student sitzt in seinem Schlafsack auf einem zerschlissenen Sofa und dreht sich eine Zigarette. Ich frage ihn, ob die Bewegung eine Wiedervereinigung Zyperns erreichen will. Er schüttelt den Kopf: „Wir wollen überhaupt keine Staaten und Grenzen mehr. Wir haben mit den UN-Soldaten geredet. Die waren zwar am Anfang ziemlich anstrengend, aber jetzt haben sie uns ein Stück Land in der Pufferzone versprochen. Da können bald alle Pazifisten gemeinsam leben."

Enttäuscht muss ich feststellen, dass die Bevölkerung beider Seiten sich mit der Teilung der Insel abgefunden zu haben scheint. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine Wiedervereinigung, die den Verlust von Land, Eigentumsrechten und Macht auf beiden Seiten zur Folge hätte, die beste Lösung für das Land darstellen kann. Sie wird unwahrscheinlich bleiben, solange sie nicht von Bürgern beider Gebiete gewünscht wird und man sich Jahr für Jahr mehr mit dem Status Quo abfindet.

Zurück im Süden klingelt das Telefon meines Freundes. Seine Großmutter möchte uns zum Abendessen einladen. „Wo seid ihr?", fragt sie. „Shoppen in der Lithras." Eine Halbwahrheit, die den Familienfrieden des Abends sichert.

Anzeige

STUDENTEN OFFER

Wir sind ganz auf Studenten eingestellt.

...an der FU!

Filiale Dahlem I
Habelschwerdter Allee 37
14197 Berlin
Telefon 84 17 42 10
Telefax 84 17 42 36
e-Mail:
habelschwerdterallee@copy-center.de

Filiale Dahlem II
Ladenbergstr. 2
14197 Berlin
Telefon 83 00 93 10
Telefax 83 00 93 29
e-Mail:
ladenbergstr@copy-center.de

Weitere Standorte:
Schöneberg, Mitte/Kreuzberg, Tempelhof, Pankow, Potsdam

www.copy-center.de

KOPIEN ALLER ART
DIGITALDRUCKE
(Laser + Offset)
PERSONALISIERTE DRUCKE
BROSCHÜREN
EXEMPLARDRUCKE
DISSERTATIONEN
DIPLOMARBEITEN
SKRIPTE / READER
FLYER
VISITENKARTEN
XXL-DRUCKE
(Poster, Plakate)
PLATTENDRUCKE
BANNER
ROLL Ups
CD / DVD KOPIEN
SCANS
TEXTILDRUCKE
BINDUNGEN
STEMPEL

PC-ARBEITSPLÄTZE
(scannen, drucken, surfen)

Preisvorteil für Online-Besteller!

So kann bei uns **online** bestellt werden:

OnlineShop Digitaldrucke

B.I.O.S. für FU-Nutzer
(001 - Visitenkarten
004 - Druckleistungen)

Email
digitales Mail Postfach
printpool@copy-center.de

...oder mit Stick/Datenträger einfach vorbeikommen.

www.copy-center.de
www.copy-center-shop.de (Digitaldrucke)
www.copy-center-bshop.de (Büromaterialien)
www.stempel-jetzt.de (Stempel)

Stimmen aus der OSIsphäre

Zitate aus Studienreformkommission, Institutsrat und Fachbereichsrat

» Nö. «
Thomas Risse auf die Frage hin, ob ihm klar sei, worüber er gerade abstimme (20.06.12).

» So können wir uns nicht mehr darauf verlassen, dass Sie geschäftsfähig sind. «
Thomas Risse zu den Studierendenvertretern im Fachbereichsrat, nachdem diese ein Gruppenveto angekündigt hatten (13.06.12).

» Wir machen jetzt die scheiß 90 Minuten. «
Thomas Risse zur Abstimmung bezüglich der Länge der Klausuren im BA Politikwissenschaft (06.06.12).

» Das heißt dann *Demokratische Herrschaft... und Herrschaft*. «
Sven Chojnacki zur Benennung des neuen MA Demokratie und Herrschaft (08.02.12).

» Da wird mit harten Bandagen gepokert. «
Cilja Harders über die Auseinandersetzung mit dem Rechtsamt (13.06.12).

» Das ist nicht Fundamentalopposition, was wir hier machen, Fundamentalopposition sähe noch sehr, sehr anders aus. «
Anton Haffner zum studentischen Gruppenveto im Fachbereichsrat (13.06.12).

» Ich kann nicht mehr. «
Tanja Börzel am Ende der außerordentlichen Sitzung des Institutsrates (06.06.12).

» Das geht mir tierisch auf den Sack. «
Franziska Meyer über die Interventionen des Rechtsamtes, das Genderseminare als Pflichtveranstaltungen nicht duldet (13.06.12).

» Du nimmst, was du kriegst an Lehrangebot. «
Sven Chojnacki auf die Frage hin, ob für die Zusammenlegung der Theoriemodule andere als kapazitären Ursachen verantwortlich seien (22.11.11).

» Aufgrund der Exzellenzinitiative hat das Präsidium auf gar nichts mehr reagiert. «
Tanja Börzel über vergebliche Kontaktversuche (08.02.12).

» Ich hoffe ja, dass man das so ernst nehmen kann, aber manchmal bin ich mir da auch nicht mehr so sicher. «
Ingo Peters über den ersten Entwurf der Studienreformkommision zum neuen BA Politikwissenschaft (28.11.11).

» Beim Präsidium hilft nur Drohung und Erpressung. «
Tanja Börzel zu den Chancen des OSI, die verabschiedete Studienreform durchzusetzen (06.06.12).

» Wir können nicht jedes Mal die Studienordnung ändern, wenn hier neue Studienkohorten auftauchen. «
Ingo Peters zu den Diskussionen um die neue Studienordnung. Studierende hatten gegen die vorgesehenen Änderungen protestiert (22.11.11).

Impressum

Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Verlag	Carsten Spandau Verlag Manteuffelstraße 17 12203 Berlin carsten.spandau@web.de
V.i.S.d.P.	Carsten Spandau
Herausgeber	Carsten Spandau
Gestaltung	Claudia Zink
Titelbild	Marie Schröter
Druck	Digitaldruckerei esf-print.de, Berlin
Autoren/ Redakteure:	Benedikt Becker Lotte Blumenberg Luise Eisenhardt Robert Hawemann Petya Hristova Marie Schröter Carsten Spandau Claudia Zink
Gastbeitrag:	Juliane Fiegler
Fotografien:	Luise Eisenhardt Carla Hustedt Marie Schröter Quincey Stumpner Oliver Wallin Claudia Zink
Anzeigenbetreuung:	Claudia Zink claudia.zink@fu-berlin.de

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der gesamten Redaktion wider.

OSI CLUB
Verein der Freundinnen und Freunde des Otto-Suhr-Instituts e.V.

Projekt-Praktikum*„Afrika" beim OSI-Club ab 1. September 2012

Der OSI-Club ist der Alumni- und Förderverein am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Er hat inzwischen knapp 800 Mitglieder, darunter auch zahlreiche Studierende. Förderschwerpunkte sind Lehrveranstaltungen in den Bereichen Afrika sowie Politik und Kommunikation. Der OSI-Club organisiert auch den Berufspraxistag, die Praktikabörse auf www.osi-club.de, die OSI-Liste, Besuche am Arbeitsplatz, Parlamentarische Abende u.v.m. Der Club arbeitet ehrenamtlich.

Aufgaben

- Mitarbeit bei der Vorbereitung der Ringvorlesung „Afrika: radikal neu denken?" (inhaltliche und technische Vorbereitung, Öffentlichkeitsarbeit, Recherchen)
- Unterstützung der Beauftragten für den Förderbereich Afrika
- Pflege der Website mittels Content-Management-System
- Beschaffung von Afrika-Literatur für die Bibliothek des OSI (Auswertung einschlägiger Literatur, Internetrecherchen, Bestellungen)
- Daneben: Unterstützung des Vorstands und der Geschäftsführung bei den regulären Aktivitäten des OSI-Clubs (Büro-Aufgaben, Mitgliederrecherchen, Veranstaltungen...)

Voraussetzungen

- Studium der Politikwissenschaft oder eines benachbarten Faches,
- Besonderes Interesse für das Politikfeld Afrika
- Fähigkeit zu selbständigem und eigenverantwortlichem Arbeiten
- gute EDV-Kenntnisse (Office-Programme, ggf. CMS)
- hohe zeitliche Flexibilität
- großes Organisationsgeschick und Stressresistenz
- freundliches und offenes Wesen, angenehme Umgangsformen

Aufwand und Honorar

Das Praktikum kann als studienbegleitendes Teilzeitpraktikum (sechs Monate mit durchschnittlich 20 Std./Woche) erfüllt werden. Arbeitszeiten nach Absprache. Am Ende steht in der Regel ein Buch (vgl. Edition OSI-Club, Peter Lang Verlag), in dem in der Rubrik „redaktionelle Mitarbeit" Dein/Ihr Name aufgeführt ist. Wir honorieren dieses Projekt-Praktikum einmalig mit 500 Euro bei Abgabe der Druckvorlage.

Kontakt und Bewerbungen

Stefanie Hirsbrunner (afrika@osi-club.de, mobil: 0173 / 340 69 32) beantwortet gern Deine Fragen. Bitte schicke die Bewerbungen zu ihren Händen, und zwar nur per E-Mail (pdf-Anhänge mit max. zwei MB) mit aussagekräftigem Anschreiben, tabellarischem Lebenslauf, ggf. Zeugnissen und Foto. Bewerbungsschluss ist der **31. Juli 2012**. Mehr Infos zum OSI-Club finden sich unter www.osi-club.de.

*) Interessent/inn/en, die kein Praktikum benötigen, sich aber dennoch für die Aufgabe interessieren, können sich ebenfalls gern melden.